

TAXATION

Die neuen anwendbaren Regeln zur Besteuerung nach dem Aufwand

New rules applicable to lump-sum taxation

Nach einer turbulenten Phase erlebte die Besteuerung nach dem Aufwand in den letzten Jahren sowohl auf politischer wie auch auf juristischer Ebene eine Periode der Stabilität und des Fortbestands. Erstens lehnte das Schweizer Volk am 30. November 2014 die Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» ab, die als Hauptziel die Abschaffung der Besteuerung nach dem Aufwand zum Inhalt hatte. Zweitens markierte diese Abstimmung gleichzeitig das Ende einer Phase, in welcher das Stimmvolk über eine ganze Reihe kantonaler Initiativen entscheiden konnte, die eine Abschaffung der Pauschalbesteuerung oder eine Verschärfung der entsprechenden Bedingungen auf kantonalen Ebene forderten. Drittens haben die Eidgenössischen Räte am 28. September 2012 das Bundesgesetz über die Besteuerung nach dem Aufwand angenommen, mit welchem diese Form der Besteuerung neu geregelt wird.

Gesetzliche Grundlagen

Auf Bundesebene bilden der Artikel 14 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) vom 14. Dezember 1990 und der Artikel 6 des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) vom 14. Dezember 1990 derart die gesetzliche Grundlage, wie sie durch das Bundesgesetz über die Besteuerung nach dem Aufwand vom 28. September 2012 und die Verordnung über die Besteuerung nach dem Aufwand bei der direkten Bundessteuer vom 20. Februar 2013 angepasst wurden. Die neuen Bestimmungen zum StHG sind am 1. Januar 2014, jene zum DBG am 1. Januar 2016 in Kraft getreten.

Für Personen, die bis zum 31. Dezember 2015 bereits nach dem Aufwand besteuert wurden, sieht der Gesetzgeber eine fünfjährige Übergangsfrist vor. Diese Personen werden also noch bis zum 31. Dezember 2020 von den alten (und für sie vorteilhafteren) Bestimmungen profitieren können. Das neue Recht wird für sie erst ab dem 1. Januar 2021 zur Anwendung kommen.

After a period of unrest, expenditure-based taxation has stabilised over the course of recent years and its continued existence is assured on both the political and legal fronts. First of all, the Swiss people rejected an initiative entitled “Stop the tax privileges for millionaires (abolition of lump-sum taxation)” on 30 November 2014, by a majority of 59.2%, which aimed to abolish expenditure-based taxation. Secondly, this referendum brought to an end a period in which citizens were asked to decide on a number of cantonal initiatives aiming to either abolish lump-sum taxation on a cantonal level, or to toughen the conditions applied to it. Finally, the Federal Assembly voted in favour of the Federal Act on expenditure-based taxation (Loi fédérale sur l'imposition d'après la dépense) on 28 September 2012, which constituted a reformation of this kind of taxation.

Legal sources

At the federal level, the legal basis is in article 14 of the Federal Act of 14 December 1990 on Direct Federal Taxation (DFTA) and article 6 of the Federal Act of 14 December 1990 on the Harmonisation of Direct Taxation at Cantonal and Communal Levels (DTHA), in their form subsequent to modification by the Federal Act of 28 September 2012 on expenditure-based taxation and the Federal Council Ordinance of 20 February 2013 on expenditure-based taxation relating to direct federal taxation (Ordonnance du Conseil fédéral du 20 février 2013 sur l'imposition d'après la dépense en matière d'impôt fédéral direct). The new provisions relating to DTHA came into force on 1 January 2014, and those relating to DFTA came into force on 1 January 2016.

The legislator accorded a transitional period of up to and including 31 December 2015 to taxpayers already opting for expenditure taxation. These taxpayers will continue to benefit from the older, more favourable rules until 31 December 2020. They will only be subject to the new law from 1 January 2021.

Ebenfalls berücksichtigt werden müssen die kantonalen Gesetzgebungen, in denen die neuen Bestimmungen von Artikel 6 des StHG umgesetzt werden. Es zeigt sich, dass diese grossen Einfluss auf die Bestimmung des Mindestaufwands der steuerpflichtigen Person und die Art ihrer Vermögensbesteuerung haben.

Schliesslich gilt es noch das Kreisschreiben Nr. 9 der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) vom 3. Dezember 1993 zu beachten, in welchem gewisse Punkte zu der Besteuerung nach dem Aufwand präzisiert werden. Dieses beruht zwar noch auf dem unangepassten Artikel 14 des DBG, bleibt aber sinngemäss in Kraft. Das besagte Kreisschreiben soll durch ein neues ersetzt werden, das zurzeit von der ESTV vorbereitet wird und Ende 2016 oder Anfang 2017 publiziert werden soll.

Die Voraussetzungen zur Besteuerung einer Person nach dem Aufwand

Um nach dem Aufwand besteuert zu werden, muss eine Person die in Artikel 14 des DBG und Artikel 6 des StHG definierten Bedingungen erfüllen.

Folgende Punkte gilt es grundsätzlich zu beachten: Die Kantone sind nicht verpflichtet, die Besteuerung nach dem Aufwand vorzusehen. Dabei sei erwähnt, dass alle Kantone mit Ausnahme von Appenzell Ausserrhoden, der beiden Basel, Schaffhausen und Zürich diese kennen. Andererseits kann eine Person, die in einem Kanton mit Pauschalbesteuerung wohnt, von dieser profitieren, sobald sie die oben genannten Bedingungen erfüllt. Der Gesetzgeber hat zudem explizit vorgesehen, dass bei Ehepaaren beide im gemeinsamen Haushalt lebenden Ehegatten die Voraussetzungen erfüllen müssen.

Um von der Besteuerung nach dem Aufwand profitieren zu können, muss eine Person folgende Voraussetzungen erfüllen:

1. Nicht das Schweizer Bürgerrecht haben.
Mit dieser Voraussetzung werden Schwei-



View of Miami

zerinnen und Schweizer, ausländische Pauschalbesteuerte mit Schweizer Pass, Doppelbürger mit Schweizer Pass sowie im gleichen Haushalt lebende Paare mit mindestens einem Schweizer Pass vom Kreis der potenziellen Anwärter auf die Besteuerung nach dem Aufwand ausgeschlossen.

2. Erstmals oder nach mindestens zehnjähriger Unterbrechung unbeschränkt steuerpflichtig sein.

Diese Bestimmung besteht aus zwei Voraussetzungen. Zum einen muss die Person unbeschränkt in der Schweiz steuerpflichtig sein. Das bedeutet in der Praxis, dass diese Person in der Schweiz wohnhaft sein und demzufolge auch über eine Aufenthaltsbewilligung verfügen muss. Zum anderen muss die Person die vom Gesetzgeber gestellte Bedingung erfüllen, erstmals oder nach mindestens zehnjähriger Unterbrechung unbeschränkt in der Schweiz steuerpflichtig zu sein.

3. In der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben.

Die Voraussetzung, dass eine nach dem Aufwand besteuerte Person in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben darf, ist das eigentliche Herz des Systems.

In der Praxis bedeutet das, dass eine nach dem Aufwand besteuerte Person in der Schweiz weder bei einem Schweizer noch

It is also worth considering the cantonal legislation which serves to implement the new requirements included in article 6 of DTHA. As we will see, it essentially concerns the minimum level of a taxpayer's expenditure as well as the manner in which wealth is taxed.

Finally, the Federal Tax Administration issued its Circular No. 9 on expenditure-based taxation relating to direct federal taxation on 3 December 1993, which clarified a number of points. Although the text is based on the unmodified version of article 14 of DFTA, it remains applicable, mutatis mutandis. The Federal Tax Administration is preparing a new circular to replace it, which should be published either at the end of 2016 or the beginning of 2017.

Conditions a taxpayer must fulfil in order to be eligible for expenditure-based taxation

Taxpayers wishing to opt for expenditure-based taxation must meet the conditions outlined in article 14 of DFTA and article 6 of DTHA.

There are three prefatory remarks worth making in this area. Firstly, cantons are not obliged to offer expenditure-based taxation. It should be noted that all of them recognise it, with the exception of Appenzell Ausserrhoden, Basel Landschaft, Basel Stadt, Schaffhausen, and Zurich. Secondly, if a taxpayer is resident in a canton that recognises lump-sum taxation, they have the right to

einem ausländischen Unternehmen angestellt noch selbstständig erwerbstätig sein darf. Hingegen kann sie jeder unentgeltlichen Tätigkeit in der Schweiz und im Ausland nachgehen und im Ausland auf Angestelltenbasis oder selbstständig erwerbstätig sein. Wir weisen darauf hin, dass die kantonalen Steuerbehörden vermehrt Augenmerk darauf legen, dass nicht ein Teil der Erwerbstätigkeit in der Schweiz stattfindet und dass der geforderte Schweizer Wohnsitz der steuerpflichtigen Person nicht den Charakter einer Betriebsstätte hat.

Eine nach dem Aufwand besteuerte Person darf hingegen in der Schweiz oder im Ausland Investitionen tätigen. Wenn die Investition in der Schweiz getätigt wird, fliessen deren Wert und das daraus resultierenden Einkommen direkt in die unten beschriebene Kontrollrechnung ein.

Berechnung der Steuer

Grundsätzlich werden sowohl die direkte Bundessteuer wie auch die kantonalen Steuern (inkl. Gemeindesteuern) auf der Basis des jährlichen Aufwandes der steuerpflichtigen Person berechnet. Zur Bestimmung der Mindestbeträge und der damit verbundenen Bemessungsgrundlage muss unterschieden werden zwischen den Bestimmungen des DBG, welche nur die Einkommenssteuer betreffen, und denjenigen des StHG, die sowohl die Einkommens- wie auch die Vermögenssteuer betreffen.

Gemäss dem DBG wird die Steuer, die an die Stelle der Einkommenssteuer tritt, nach den jährlich entstandenen Lebenshaltungskosten der steuerpflichtigen Person, mindestens aber nach dem höchsten der folgenden Beträge bemessen:

- a. CHF 400'000.-;
- b. für Steuerpflichtige mit eigenem Haushalt: dem Siebenfachen des jährlichen Mietzinses oder des Mietwerts; für die übrigen Steuerpflichtigen: dem Dreifachen des jährlichen Pensionspreises;
- c. den in die Kontrollrechnung einflussenden Einkünften.

Für die Berechnung der kantonalen Steuer wird die Steuer, die an die Stelle der Einkommenssteuer tritt, auf Basis der jährlich entstandenen Lebenshaltungskosten der steuerpflichtigen Person, mindestens aber nach dem höchsten der folgenden Beträge bemessen:

- a. einem vom Kanton festgelegten Betrag, im Fall der Westschweiz CHF 400 000.- in Bern, Genf und Neuenburg, zirka CHF 360 000.- in der Waadt, CHF 250 000.- in Freiburg und im Wallis, CHF 200 000.- im Jura (wir weisen darauf hin, dass diese Mindestbeträge für nicht aus Europa stammende ausländische Personen höher ausfallen können);
- b. für Steuerpflichtige mit eigenem Haushalt: dem Siebenfachen des jährlichen Mietzinses oder des Mietwerts; für die übrigen Steuerpflichtigen: dem Dreifachen des jährlichen Pensionspreises.

Zu diesem berechneten Betrag muss der Betrag der kantonalen Steuer zur Deckung der Vermögenssteuer dazugerechnet werden. Beide Beträge zusammen entsprechen dem Betrag der kantonalen Besteuerung nach dem Aufwand. Diese Summe muss mindestens gleich hoch sein wie der Betrag der Einkommens- und der Vermögenssteuer, der auf Basis der in der Kontrollrechnung berücksichtigten Vermögens- und Einkommenswerte errechnet wird.

Eine der wichtigen Neuerungen der vom Parlament am 28. September 2012 gutgeheissenen Reform ist die Forderung, dass die Kantone für aufwandsbesteuerte Personen die Vermögensbesteuerung vorsehen müssen. Wie sie das machen, ist ihnen freigestellt. Die Westschweizer Kantone wenden sehr unterschiedliche Methoden zur Erfüllung dieser Forderung an. Die Kantone Freiburg, Jura und Wallis legen zur Bestimmung des Vermögens einen Betrag fest, der sich nach demjenigen richtet, der für die Berechnung der Steuer anstelle der Einkommenssteuer verwendet wird. In den Kantonen Freiburg und Wallis ist es mindestens das Vierfache dieses Betrages, im Kanton Jura mindestens das Achtfache. Im Kanton Neuenburg muss die Vermögenssteuer hingegen auf Basis des Wertes der in der Schweiz gelegenen beweglichen und unbeweglichen Güter berechnet werden, der mindestens dem

benefit from it once they have satisfied the requirements mentioned above. Finally, the legislator has expressly stated that the requirements should be met by both spouses living in a common household.

To be eligible for expenditure-based taxation, the taxpayer is required to fulfil the following conditions:

1. They must not be a Swiss national.
This requirement excludes as potential beneficiaries: Swiss citizens; foreign nationals having opted for lump-sum taxation who acquire Swiss nationality; a person having dual citizenship who is a Swiss citizen and also a citizen of another country; couples in a common household in which one partner is Swiss and the other is a foreign national.

2. They must have an unrestricted right to remain in Switzerland granted either for the first time or after an absence of ten years or longer.

This rule brings with it a two-fold requirement. First of all, the taxpayer must have an unrestricted right to remain in Switzerland (which in practice means they must be resident there) and must, therefore, be in possession of a residence permit. Secondly, the legislation states that the taxpayer must fulfil the condition of having an unrestricted right to remain in Switzerland either for the first time, or following an absence of ten years or more.

3. They must not exercise any gainful activity on Swiss soil.

The requirement stating that a person opting for expenditure-based taxation may not exercise gainful activity in Switzerland is the cornerstone of the system.

In practice, this means that taxpayers benefiting from this form of taxation may not exercise any gainful activity on Swiss soil, whether as the employee of a Swiss or foreign company, or in a self-employed capacity. They may, however, carry out non-remunerated activity in Switzerland or abroad, as well as any kind of gainful



© Panorama Montreux Riviera | G. Antonelli

Fünffachen der Berechnungsgrundlage für die Einkommenssteuer entsprechen muss. Der Kanton Bern sieht als Basis für die Berechnung der Vermögenssteuer den Wert der im Kanton gelegenen Immobilien vor. Die Kantone Waadt und Genf schliesslich haben sich für eine Lösung entschieden, bei welcher der Betrag, der für die Berechnung der Steuer anstelle der Einkommenssteuer verwendet wird, um 10% (im Kanton Waadt um 15%, wenn der siebenfache jährliche Mietzins oder Mietwert tiefer ist als CHF 360 000.-) erhöht wird. Wir möchten betonen, dass es sich bei diesen Zahlen nicht um die realen Vermögenswerte handelt und dass die aufwandsbesteuerten Personen auch mit dieser neuen Bestimmung mit Ausnahme der in die Kontrollrechnung einflussenden Werte ihr Vermögen weiterhin nicht deklarieren müssen.

Nachdem die Steuer nach den oben erwähnten Prinzipien und nach dem ordentlichen Steuertarif berechnet wurde, muss der Betrag jedes Jahr mit der Summe der im Rahmen einer Kontrollrechnung ermittelten Steuer auf bestimmten Elementen verglichen werden, geschuldet wird dann der höhere Betrag. Diese Elemente sind:

- das in der Schweiz gelegene unbewegliche Vermögen und dessen Einkünfte;
- die in der Schweiz gelegene Fahrnis und deren Einkünfte;
- das in der Schweiz angelegte bewegliche Kapitalvermögen, einschliesslich der

activity outside of Switzerland, whether as an employee or self-employed. We would advise the reader that cantonal tax authorities are becoming more vigilant in checking whether any element of the activity is exercised in Switzerland, or such taxpayer's domicile in Switzerland creates a centre of economic interest.

A taxpayer opting for expenditure-based taxation is allowed to invest in Switzerland or abroad. If the investment takes place in Switzerland, its value, as well as the revenue it generates are taken into account in the control calculation explained below.

How the tax is calculated

As a guiding principle, both direct federal tax and cantonal tax (including communal tax) are calculated based on the taxpayer's annual expenditure. To determine a basic threshold, and, by extension, the total payable tax, a distinction should be made between the requirements set out by DFTA, which relate only to income tax, and those set out by DTHA, which relate to income tax as well as wealth tax.

According to DFTA, direct federal tax which replaces income tax should be calculated based on the taxpayer's total annual expenditure, which should not be less than the highest of the following amounts:

- CHF 400,000;
- For taxpayers who are the head of a household, seven times the rent paid or rental value of a property, and, for other taxpayers, three times the annual expenditure on accommodation and food;
- The revenue taken into consideration as part of the control calculation.

Cantonal tax which replaces income tax should be calculated based on the taxpayer's total annual expenditure, and should not be less than the highest of the following amounts:

- A sum determined by individual cantons, and which stands as follows in the French-speaking cantons: Bern, Geneva and Neuchâtel: CHF 400,000; Vaud: roughly CHF 360,000; Fribourg and Valais: CHF 250,000; Jura: CHF 200,000; the reader should note that higher amounts may be applicable to non-European nationals;
- For taxpayers who are the head of a household, seven times the annual rent paid or rental value of a property, and, for other taxpayers, three times the annual expenditure on accommodation and food.

Once this amount has been calculated, the amount of cantonal tax intended to cover wealth tax will need to be added. The two amounts together will constitute the amount of expenditure-based taxation due.



EBACE, Geneva

- grundpfändlich gesicherten Forderungen, und dessen Einkünfte;
- d. die in der Schweiz verwerteten Urheberrechte, Patente und ähnlichen Rechte und deren Einkünfte;
- e. die Ruhegehälter, Renten und Pensionen, die aus schweizerischen Quellen fließen;
- f. die Einkünfte, für die die steuerpflichtige Person aufgrund eines von der Schweiz abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung gänzlich oder teilweise Entlastung von ausländischen Steuern beansprucht.

Internationale Abkommen

Grundsätzlich profitieren Personen, die in der Schweiz nach dem Aufwand besteuert werden, von den Doppelbesteuerungsabkommen. Die Anwendung einiger dieser Abkommen wirft jedoch noch Fragen auf.

Die Abkommen der Schweiz mit Deutschland, Österreich, Belgien, Kanada, den USA, Italien und Norwegen sehen eine modifizierte Pauschalbesteuerung vor. Das bedeutet, dass die genannten Staaten den Wohnsitz ihrer

in der Schweiz lebenden Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im Sinne des Doppelbesteuerungsabkommens nur dann anerkennen, wenn diese neben der Besteuerung nach den oben beschriebenen Grundsätzen auch sämtliche im Rahmen des Doppelbesteuerungsabkommens in der Schweiz zugeflossenen steuerbaren Einkünfte aus den betreffenden Herkunftsstaaten versteuern.

In einer 1967 abgeschlossenen Vereinbarung einigten sich die Steuerbehörden der Schweiz und von Frankreich darauf, dass Personen, die in der Schweiz nach dem Aufwand besteuert werden, vom französisch-schweizerischen Doppelbesteuerungsabkommen profitieren können, wenn sie rund 30% mehr Steuern bezahlen, als dies nach den oben beschriebenen Berechnungsgrundlagen der Fall wäre. Seit dem 1. Januar 2013 gestaltet sich die Situation jedoch richtiggehend kafkaesk. Auf der einen Seite hat Frankreich - ohne jegliche rechtliche Grundlage - beschlossen, dass nach dem Aufwand Besteuerte nicht mehr vom Doppelbesteuerungsabkommen profitieren können, auch wenn sie die erhöhte Pauschalsteuer bezahlen. Auf der anderen Seite praktiziert die Schweizer Steuer-

behörde - zu Recht - genau das Gegenteil. Aus unserer Sicht sollten die Schweizer Diplomaten dringend das Zepter in die Hand nehmen und eine Lösung mit unseren französischen Nachbarn und Freunden finden. Ohne auf Details einzugehen, muss gesagt werden, dass die Position Frankreichs absolut untragbar ist. Dies ist umso mehr der Fall, als am 28. September 2012 entschieden wurde, dass nach dem Aufwand Besteuerte in der Schweiz neu auch der Vermögensbesteuerung unterliegen.

Konklusion

Das System der Besteuerung nach dem Aufwand wurde durch die vom Parlament beschlossene Reform und dank der massiven Ablehnung der Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» sowohl auf politischer wie auch auf juristischer Ebene gestärkt und kann fortgeführt werden. Dies ist zum Wohl der Pauschalbesteuerten, aber auch der ganzen Schweiz. Die einzige noch dringend zu beantwortende Frage ist diejenige, wie das Doppelbesteuerungsabkommen mit Frankreich umgesetzt werden soll. ■

This sum should at least equal the level of income and wealth tax calculated, based on the elements used to determine wealth and income as part of the control calculation.

An important change resulting from the reform voted in by parliament on 28 September 2012 is that cantons are obliged to impose a wealth tax on individuals opting for expenditure-based taxation, according to a method of the canton's choice. The French-speaking cantons have applied some very different methods in order to satisfy this requirement. The cantons of Fribourg, Jura and Valais have opted for a method which consists in determining an amount of wealth by referring to the figure used when calculating the tax which replaces income tax. The amount should be at least four times this figure in the cantons of Fribourg and Valais, and eight times in the canton of Jura. For its part, the legislature in the canton of Neuchâtel stipulates that wealth tax should be calculated based on the value of moveable and immoveable assets situated in Switzerland, being at least five times the amount of taxable income. Legislation in the canton of Bern stipulates that wealth tax should be calculated based on the value of real estate situated in the canton. In the cantons of Vaud and Geneva, the legislator opted for a solution which raises by 10% the amount from which the tax replacing income tax is calculated (and by 15% in the canton of Vaud, should seven times the annual rent, or rental value, of the property be less than CHF 360,000). We would like to underline the fact that this does not relate to actual wealth, and that this new requirement does not oblige the taxpayer to declare their wealth to fiscal authorities, except for those elements of it that are relevant to the control calculation.

Once the tax has been calculated, based on the principles outlined above and using the standard tax scale, this amount should be compared on a yearly basis with an amount determined as part of the control calculation, based on the following elements and with the highest amount being due:

- a. Real estate assets situated in Switzerland and revenues thereof;
- b. Moveable objects situated in Switzerland and revenues thereof;
- c. Movable capital situated in Switzerland including debts secured by the pledge of a property and the revenues thereof;
- d. Copyrights, patents and similar rights being used in Switzerland and the revenues thereof;
- e. Pensions, unearned income and annuities from Swiss sources;
- f. Revenues for which the taxpayer requires either temporary or full foreign tax relief under a double taxation treaty entered into by Switzerland.

International agreements

In general, lump-sum taxpayers in Switzerland benefit from double taxation treaties. Nevertheless, the application of a certain number of treaties raises questions.

The agreements concluded by Switzerland with Germany, Austria, Belgium, Canada, the United States, Italy, and Norway delineate a "modified tax basis". This means that for the purposes of the double taxation treaties, the above-mentioned states treat a person as being resident only if, having opted for expenditure-based taxation in Switzerland, they are taxed there not only on the taxable base determined under the general principles set out above, but also on all income from the source-state which is allocated to Switzerland under the relevant double taxation treaty.

As part of an agreement concluded between the Swiss and French tax authorities in 1967, it was agreed that persons opting to be taxed based on their expenditure in Switzerland would benefit from the French-Swiss double taxation treaty, on the condition that they paid tax 30% higher than the normal rate, by virtue of the principles outlined above. Since 1 January 2013, the situation has become totally Kafkaesque. On the one hand, France decided, quite illegally, that taxpayers opting for expendi-

ture-based taxation could no longer benefit from the double taxation treaty, even under the increased tax basis. On the other, the Swiss tax authorities, justifiably, continue to oppose this decision. We believe it is imperative that Swiss diplomats set themselves the task of finding a solution with our French friends and neighbours. Without going into detail, the French position is completely unsustainable, all the more so since 28 September 2012, when it was decided that expenditure-based taxpayers in Switzerland were also liable to pay tax on their wealth.

Conclusion

For the good of Switzerland and its taxpayers, the expenditure-based tax system has been stabilised and its continued existence assured on both the political and legal fronts, thanks to the reform voted in by parliament, and to the firm rejection of the initiative entitled "Stop the tax privileges for millionaires (abolition of lump-sum taxation)". The only question which remains unanswered relates to the application of the French-Swiss double taxation treaty. ■